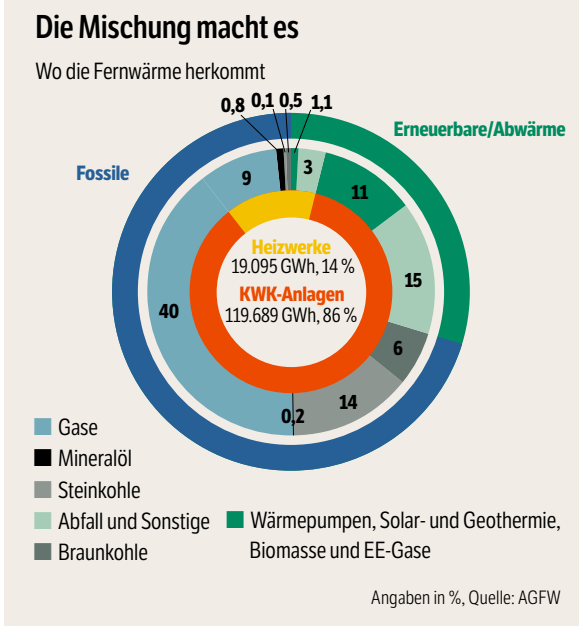
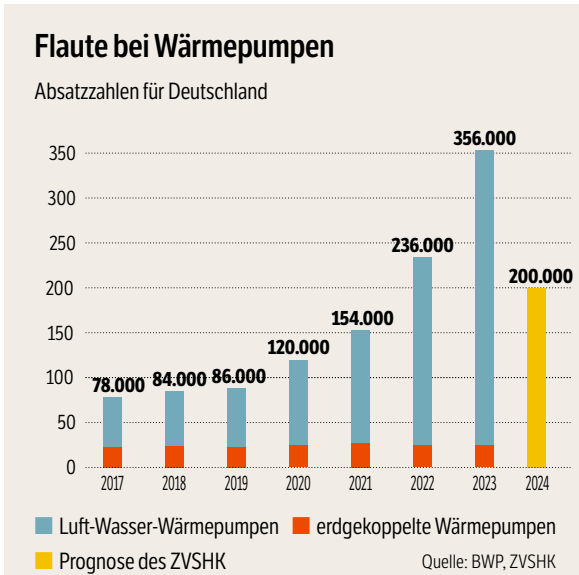




Echter Marathon

Der Aus- und Umbau der Fernwärme kostet viel Zeit und Geld **VON KARIN BIRK**

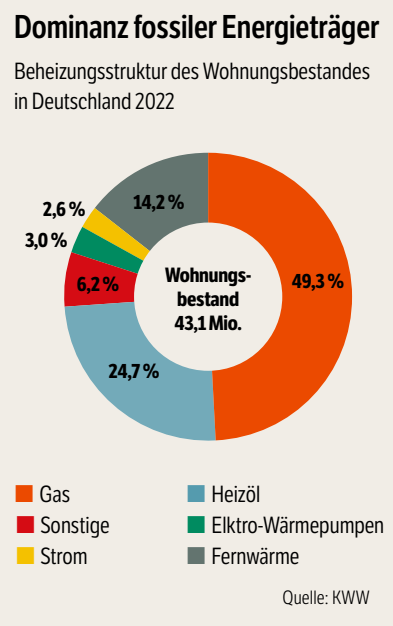
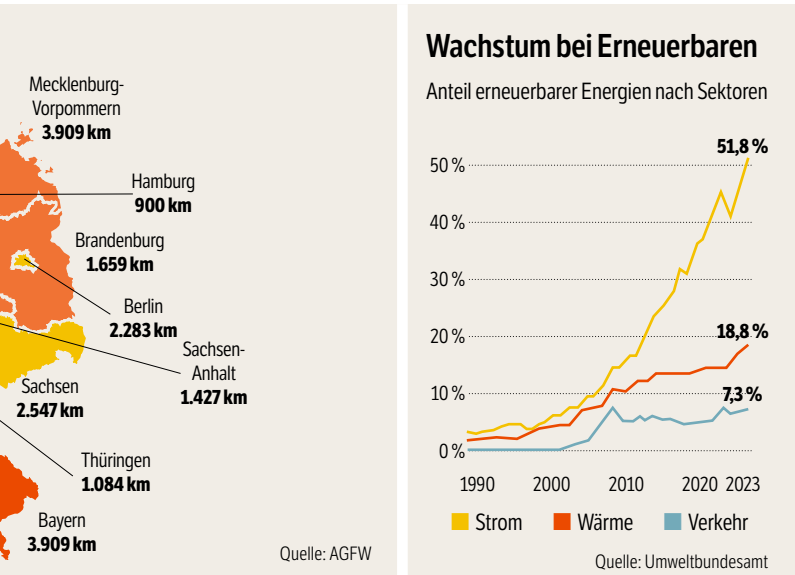
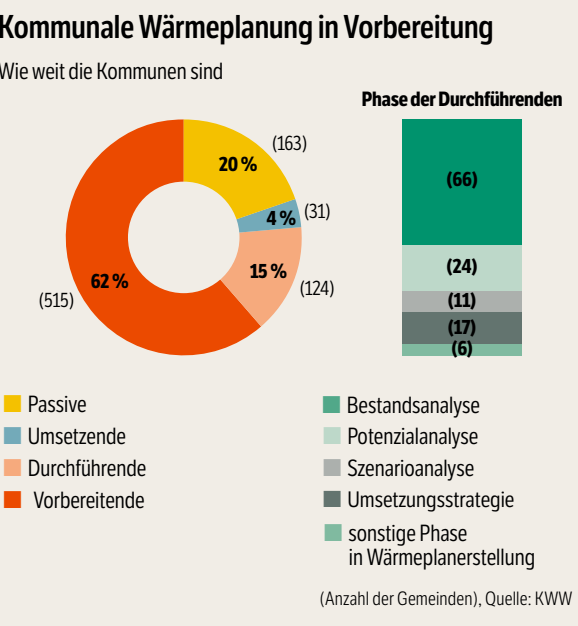
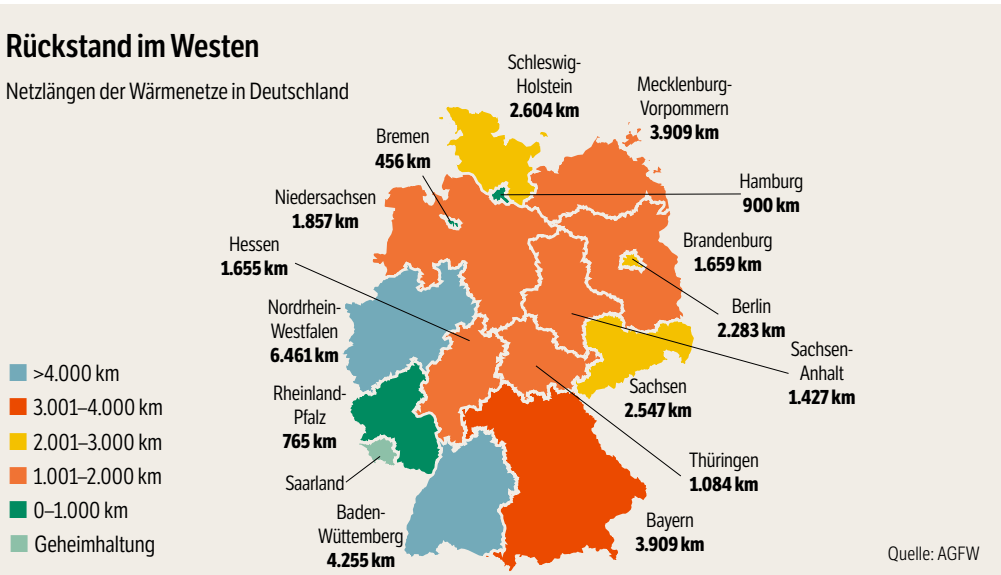
Freiburg im Breisgau gehört zu den Vorreitern in Sachen Wärmeplanung. „Wir haben schon früh gemerkt, dass wir das Thema strategisch angehen müssen“, sagt Klaus von Zahn, Leiter des dortigen Umweltschutzamtes. Die Stadt arbeite seit 2018 daran. 2035 will sie klimaneutral sein.

Heute zeigt der dortige Wärmeplan, wo es Potenzial für den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes gibt und wo nicht. „In Gebieten, in denen vor allem Ein- und Zweifamilienhäuser stehen, rechnet sich die Fernwärme nicht“, sagt von Zahn. Anders sehe es in dichter bebauten Gebieten aus. Dort soll sie ausgebaut werden.

Bisher werden 25 Prozent des Energiebedarfs für Wärme über Fernwärme zur Verfügung gestellt. Bis 2035 sollen es 50 Prozent sein. „Die Umstellung ist machbar, wenn auch mit einem hohen Finanz- und Kommunikationsaufwand“, fügt er hinzu. Parallel dazu werde die Fernwärme, die bisher vor allem aus Erdgas erzeugt wird, auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Auch das ein Kraftakt.

In spätestens zwei Jahren müssen auch andere Großstädte in Deutschland mit mehr als 100.000 Einwohnern eine kommunale Wärmeplanung vorlegen. Ab Mitte 2028 gilt dies nach dem Jahresanfang 2024 in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetz auch für kleinere Kommunen. Die Wärmepläne sollen dann darlegen, wie die Wärmeversorgung sukzessive bis 2045 auf die Nutzung von erneuerbaren Energien oder unvermeidbare Abwärme umgestellt werden kann.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, hält die Wärmepläne für Großstädte in der geforderten Zeit für machbar. Viele Städte hätten sich schon auf den Weg gemacht, bevor das Wärmeplanungsgesetz des Bundes Anfang des Jahres 2024 beschlossen wurde. So liegen beispielsweise in den Landeshauptstädten München oder Stuttgart bereits entsprechende Wärmepläne vor und anderswo wie etwa in Leipzig wird intensiv daran gearbeitet.



Kunden sind verunsichert

Energieberater dringen auf zuverlässigere Förderung

Energieberater machen sich Sorgen um den Fortschritt der Energie- und Wärmewende. Stefan Bolln, Vorsitzender des GIH-Bundesverbands, ist ein Interessensvertreter für Energieberatende, sprach von einer „verworrenen Gemengelage“. „Der gordische Knoten muss durchschlagen werden.“ Bolln stellt eine große Verunsicherung bei Kunden und Unternehmen fest.

Die Unsicherheit rührt oft daher, dass Verbraucher nicht wissen, ob ihr Wohngebiet in absehbarer Zeit an ein Fernwärmenetz angeschlossen und dann womöglich sogar ein Anschluss- und Benutzungszwang verhängt wird. Ob Kommunen in Fernwärmeversorgungsgebieten Anschluss- und Benutzungszwänge erlassen können, regeln die jeweiligen Umsetzungsgesetze des Bundes-Wärmeplanungsgesetzes (WPG) auf Ebene der Bundesländer. Das WPG verzichtet explizit auf diese Möglichkeit.

Der Bundesverband Wärmepumpe hat wegen der ungeklärten Lage ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Das Gutachten habe klargestellt, dass die Investition in eine Wärmepumpe wegen ihrer Klimafreundlichkeit unter einem besonderen Schutz stehe, sagt Geschäftsführer Martin Sabel. „Wer jetzt in eine klimafreundliche Wärmepumpe investiert, kann später nicht zum Anschluss in ein Wärmenetz gezwungen werden“, fügt er hinzu.

GIH-Vorsitzender Bolln mahnte mehr Verlässlichkeit bei der Förderung an: „Die Leute bewegen sich nur sehr langsam, weil die Förderung sich noch nicht vollständig eingespielt hat.“ Es bedürfe einer Verlässlichkeit bei den Förderöpfen. Nach Ansicht der Energieberater hat die Politik bei der Förderung die Gebäudehülle vernachlässigt. „Ich muss den Finger in die Wunde legen: Leider sind Effizienzmaßnahmen von der Politik bisher nur benachteiligt gefördert worden.“ Effizienzmaßnahmen seien wichtig, unabhängig davon, ob eine Wärmepumpe oder ein Wärmenetz zum Einsatz komme.

Der Deutsche Städtetag zeigte sich zuversichtlich, dass zumindest die Großstädte in den kommenden zwei Jahren ihre Wärmepläne fertig bekommen. Anders als Kommunalvertreter hält Bolln die Übergangsfristen für die Kommunen für „möglicherweise zu lang für Investitionsentscheidungen“. „Es sickert ja langsam durch, dass die Wärmenetze nicht in der Größenordnung kommen, wie vergangenen Jahr noch behauptet wurde.“ Er schlägt vor, Wärmeplanungen bereits vor der endgültigen Fertigstellung zu veröffentlichen, damit alle Beteiligten rechtzeitig im Bilde seien. „In dem Moment, in dem die Wärmeplanung vorliegt, herrscht mehr Klarheit.“ Selbst wenn ein großes Wärmenetz nicht realisierbar sei, gebe es Alternativen: „Kleine Wärmenetze, Gebäudenetze könnten eine Lösung sein.“

Bolln fordert mehr Umsicht in der Diskussion. „Was wir von allen Seiten brauchen: Ruhe und Aufklärung. Was wir nicht brauchen: Krakeelen und neunmalkuhle Profilerose. Die Politik sollte mal die Füße stillhalten, sonst wird das nichts.“ Am grundsätzlichen Ziel der Wärmewende sei nicht zu rütteln: „Das Gebäudeenergiegesetz erfordert den Einsatz erneuerbarer Energien. Der Druck zur Dekarbonisierung ist gerechtfertigt.“ Die Reduzierung der Wärmereizeuge sei entscheidend, um von fossilen Brennstoffen unabhängig zu werden.

Die bisherige „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ ist bis Ende des Jahres 2028 befristet und bis dahin mit drei Milliarden Euro ausgestattet. Das reiche bei weitem nicht aus. „Wo Wärmepumpen die Lösung der Wahl darstellen, müssten die Stromverteilernetze ausgebaut werden“, forderte er weiter.

str/bir

„Die Wärmeplanung darf die Umsetzung bestehender Lösungen nicht behindern“

Andreas Müller vom Zentralverband Sanitär Heizung Klima über Stolperfallen innerhalb der Wärmeplanung, Gefahren durch Monopolisierung und Anschlusszwang sowie die Gründe der Kunden, so zögerlich in die Wärmewende zu investieren **INTERVIEW: FRANK MUCK**

Herr Müller, die Wärmewende ist eine Mammutaufgabe. Was hat nach Ansicht des ZVSHK in dem Bereich Priorität?

Oberste Priorität hat die Frage, wie man die Investitionsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wecken kann, um letztlich in die persönliche Energiewende zu investieren. Wir merken ja gerade, dass die Zahlen in diesem Jahr entgegen der ganzen politischen Erwartungshaltung doch drastisch zurückgegangen sind. Vor kurzem hat ein weiteres Industrieunternehmen Kurzarbeit angemeldet. Sowohl Zahlen aus der Heizungsindustrie als auch eigene Erhebungen im Rahmen unserer Frühjahrsumfrage zeigen, dass es doch sehr schleppend im Heizungs- und Modernisierungsmarkt vorangeht.

Sollte man die Förderung weiter ausbauen?

Nein, die aktuelle Förderkulisse erscheint erstmal ausreichend zu sein. Wir haben dem Bundeswirtschaftsministerium empfohlen, über eine Motivationskampagne nachzudenken, nachdem ein großer Flurschaden durch die öffentlichen Diskussionen rund um das Heizungsgesetz angerichtet worden war. Die Bürgerinnen und Bürger sind total verunsichert und machen erstmal nichts. Trotz der hohen CO₂- und Energiepreise zeigen insbesondere die Privatinvestoren noch nicht die erhoffte Bereitschaft, im großen Stil in erneuerbare Energien zu investieren. Eine Kampagne sollte keine Angst schüren, sondern die Vorteile einer Heizungsmodernisierung in den Vordergrund stellen, eben durch mehr Effizienz, Energiekosteneinsparung, weniger CO₂-Emissionen und langfristige Versorgungssicherheit.

Heißt das, man hat zu wenig die positiven Aspekte der Modernisierung hervorgehoben?

Die Politik hat mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) einen ordnungsrechtlichen Rahmen gesteckt, der bei den ersten Beratungen doch sehr viele Zwangsmaßnahmen befürchten ließ oder aber die Entscheidungsmöglichkeiten des Einzelnen doch sehr eingeschränkt hätte. Das Ganze hat in breiten Schichten der Bevölkerung Attentismus und Widerstand erzeugt. Man hätte das Gebäudeenergiegesetz vielleicht nicht ganz so komplex abbilden sollen und vielleicht auch eher mal den Vorschlägen aus der Heizungsbranche in Sachen Technologieoffenheit folgen sollen, und dafür eine attraktive Förderkulisse zu schaffen.

Ein Automatismus, beispielsweise Wärmenetzen von vornherein den Vorzug zu geben, kann fatale Folgen haben.“

Andreas Müller

Aber sorgt die Unklarheit bei der Förderung nicht auch für eine abwartende Haltung?

Ja, das haben wir gegenüber den für die Förderung verantwortlichen Personen bereits mehrfach geäußert. Da ist zum einen die zeitliche Abstufung zwischen dem Inkrafttreten des GEG zum 1. Januar 2024 und der Antragstellung für die Bundesförderung für effiziente Gebäude ab 27. Februar 2024 sowie der Auszahlung der Fördergelder im Herbst 2024. Die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern haben erst Mitte 2024 die Möglichkeit, Förderanträge zu stellen. Auch hier wird es noch einen zeitlichen Verzug

zwischen Antrag und Auszahlung geben. Bei vielen Privatinvestoren stellt die Vorfinanzierung zwischen Antragstellung und Auszahlung der Fördergelder eine weitere Hürde dar. Die Hausbanken tun sich schwer, für den Übergangszeitraum eine Zwischenfinanzierung sicherzustellen. All diese zeitlichen und bürokratischen Hemmnisse sind keine verlässlichen Bedingungen für 2024. Der Start in die Wärmewende ist mehr als holprig verlaufen.



Oberste Priorität hat die Frage, wie man die Investitionsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wecken kann.“

Andreas Müller
Geschäftsführer Technik
beim ZVSHK
Foto: www.christoph-papsch.de

Ein Teil der Wärmewende ist ja die Erstellung von Wärmeplänen durch die Kommunen. Sind Sie da als Fachhandwerk eigentlich eingebunden?

Das war eine politische Forderung des Handwerks und da beziehe ich bewusst auch alle Kollegen, die die Klimahandwerke vertreten, mit ein. Wir haben bei den Beratungen gefordert, dass die Körperschaften des öffentlichen Rechts, dazu zählen ja auch die jeweiligen Innungen, in diese Verfahren verpflichtend eingebunden werden sollen, weil dort Fachexpertise vorhanden ist und weil die dort organisierten lokalen Handwerker nachhaltig von der Erstellung der kommunalen Wärmepläne betroffen sind. Das ist leider nicht ganz so gelaufen. Die planungsverantwortliche Stelle soll im Rahmen der Wärmeplanung die Öffentlichkeit sowie alle Behörden und Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Wärmeplanung berührt werden, beteiligen. Informell sollen also auch die Innungen und die Kollegen von den Handwerkskammern eingebunden werden. Aber wir erleben auch, dass Kommunen relativ eigensinnig den Prozess bestreiten, ohne die lokalen Akteure vorab einzubinden. Damit sind wir nicht einverstanden. Mit unserer Verbändeallianz „Freie Wärme“, die sich schon seit Jahren um diese Fragestellungen zu Anschluss- und Benutzungszwang, Verbrennungsverboten oder eben jetzt auch mit der Wärmeplanung beschäftigt, bietet für die lokalen Akteure Unterstützung an. Eine wichtige Botschaft ist eben, möglichst das Potenzial aller örtlichen regionalen Akteure zu nutzen.

Wenn die Wärmeplanung steht, stellt sich für viele Kunden immer noch die Frage nach der richtigen Technik? Gibt es da aus Ihrer Sicht ein besser oder schlechter?

Die Kommunale Wärmeplanung (KWP) wird als strategisches Instrument gesehen, aus einer übergeordneten Perspektive heraus für die Städte und Gemeinden, die jeweiligen Stadtteile und Quartiere eine räumliche Planung für die optimale klimaneutrale Wärmeversorgung aufzustellen. Es geht nicht darum, sich auf bestimmte Technologien festzulegen, sondern um Technolo-

gieoffenheit. Hintergrund ist, dass im Rahmen der Zielsetzung herausgefunden werden muss, welche Arten zu heizen je nach Wohn- oder Gewerbegebiet ökologisch und wirtschaftlich am sinnvollsten sind. Alle Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energien müssen insofern in die Planungen einfließen. Ein Automatismus, beispielsweise Wärmenetzen von vornherein den Vorzug zu geben, kann fatale Folgen haben. Denn die zentrale Wärmeversorgung ist nicht automatisch ökologisch und wirtschaftlich, die Gebäudestrukturen in Neubaugebieten und im Gebäudebestand sind in der Regel komplett unterschiedlich. Die Ergebnisse müssen letztlich in die kommunalen Planungs- und Verwaltungsprozesse integriert werden. Am Ende muss die Transformation hin zur Klimaneutralität für alle bezahlbar sein.

Die Wärmeplanung ist in Teilen vorangeschritten. Dennoch hält auch dieser Schritt die Kunden von Investitionen ab?

Die kommunale Wärmeplanung sollte eigentlich sehr schnell und mit maximaler Transparenz zur Investitionssicherheit beitragen. Derzeit passiert in vielen Kommunen leider genau das Gegenteil. Die Wärmeplanung startet vielerorts deutlich zu spät oder ihre möglichen Ergebnisse werden überhöht dargestellt, und somit eine falsche Erwartungshaltung bei den Investoren erzeugt. Dass dabei der bundespolitisch gewollte Ausbau von Heizungsanlagen mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien - neben allen anderen Schwierigkeiten - zusätzlich belastet wird, wird offensichtlich in Kauf genommen. Investoren sind verunsichert und reagieren erstmal abwartend. Dringend notwendige Investitionen werden zurückgestellt, zumal die Wärmeplanung ja erst in 2026 bzw. 2028 vorgelegt werden soll. Insbesondere ländliche Gebiete, in denen frühzeitig absehbar ist - also bereits nach Abschluss von Phase 1 der Bestandsaufnahme, dass keine leitungsgebundene Wärmeversor-

Die Wärmeplanung startet vielerorts deutlich zu spät oder ihre möglichen Ergebnisse werden überhöht dargestellt.“

Andreas Müller

gung zu erwarten ist, sollten vordringlich als dezentrale Versorgungsgebiete ausgewiesen werden, um die marktwirtschaftliche Stabilität, insbesondere die Kontinuität im regionalen Heizungsmodernisierungsgeschäft nicht zu gefährden. Die kommunale Wärmeplanung darf unter keinen Umständen die Umsetzung von bereits verfügbaren dezentralen und zentralen Lösungen behindern, was sie aber derzeit sehr zum Leidwesen der SHK-Branche tut.

Fürchten Sie so etwas wie eine Marktverschiebung, wenn Wärmeversorgung vor allen Dingen kommunal erfolgt? Der SHK-Verband Baden-Württemberg hat sich jüngst deutlich dazu positioniert mit Blick auf regionale Energieversorger.

Wir haben weniger Befürchtungen, wenn man sich die Entwicklung der Fernwärme im Wohnungsbestand anschaut. In einem Zeitraum von 28 Jahren, von 1995 bis 2023, wuchs der Anteil der Fernwärme von 12 auf 15,2 Prozent, also ein Anstieg von 3,2 Prozent der Beheizungsstruktur über 28 Jahre. Wenn das damals schon ein

Erfolgsmodell gewesen wäre, hätten wir in Deutschland ja inzwischen einen viel höheren Anteil haben müssen. Wenn man das auf die kommenden 20 Jahre hochrechnet, kommt man auf ein Plus von 1,6 Prozent. Der Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft geht im Zeitraum der nächsten 20 Jahre von 2,2 Prozent Zuwachs aus. Wir legen also grob 2 Prozent an Zubau und Umstellung der Wohnungsbesitzer zugrunde. Als weitere Hürde für die Netzbetreiber kommt hinzu, dass die noch mit fossiler Energie beheizten Netze auf erneuerbare Energien umgerüstet werden müssen. Wie also die wirtschaftliche Bereitschaft der Netzbetreiber, in diese alten fossilen Netze zu investieren, so dass am Ende das gewünschte regenerative Netz betrieben werden kann? Zudem steht der Anschluss- und Benutzungszwang noch auf der politischen Agenda. Die Änderung der Vertragsbestimmun-

gen für den Anschluss an ein Fernwärmenetz war für diese Legislaturperiode angekündigt, liegt aber im Bundeswirtschaftsministerium noch auf Eis. Auch die Verbraucherschützer fordern, dass Fernwärme durch Attraktivität überzeugen muss, nicht durch Intransparenz und Zwänge, sondern durch nachhaltige Wärme zu fairen Preisen und mit transparenten Verträgen.

Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass es zu überhöhten Preisen kommt, weil die Anbieter ja einerseits hohen Investitionsbedarf haben und andererseits praktisch Monopolisten sind?

Die Frage ist doch: Was ist preiswerter und effizienter? Wenn der einzelne Bürger für sich eine Entscheidung trifft, seine Heizungsanlage zu modernisieren und die Effizienz selbst zu nutzen oder ein intransparentes Geschäftsmodell mit Gewinn-

erzielungsabsichten und mit der Möglichkeit, sich die Wirtschaftlichkeit des Netzes mit jedem Preis erkaufen zu können, vor allem mit einem Anschluss- und Benutzungszwang.

Der Plan ist ja, dass wir 100.000 Gebäude jährlich an die Fernwärme anschließen. Halten Sie das für realistisch?

Nein. Aus genannten Gründen wird es nicht funktionieren. Es wird hier und da ein paar neue und effiziente Netze, insbesondere auch Quartierslösungen geben. Vieles wird natürlich vom Anschluss- und Benutzungszwang abhängen, aber die, die das politisch durchsetzen, müssen sich auf lokaler Ebene mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinandersetzen und sie müssen ja ein transparentes und nachhaltiges Angebot machen. Der Wärmenutzer will ja wissen, welchen Preis er zahlen muss.

RÜCKENWIND FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Mit unserem Business-Kredit

- Schnelle Kreditentscheidung
- Freie Verwendung
- Kostenlose Sonderzahlungen möglich
- Persönlicher Ansprechpartner vor Ort

TARGOBANK
GESCHÄFTSKUNDEN